

Ostdeutsche Betriebe haben Chancen genutzt - Stübgen gegen Groß-Klein-Debatte

Die Anpassungsleistung der ostdeutschen Betriebe würdigt der Parlamentarische Staatssekretär vom Bundeslandwirtschaftsministerium, Michael Stübgen. Viele ehemalige LPG hätten ihre gute Startmöglichkeiten genutzt, um sich breit und zukunftsfähig aufzustellen. Stübgen widerspricht im Interview dem Eindruck, die Agrarpolitik der Bundesregierung konzentriere sich zunehmend auf klein- und mittelbäuerliche Betriebe. Entscheidend seien nicht Rechtsform oder Größe, sondern Eigentumsverhältnisse, Arbeitsstruktur und Ortsbindung. Zudem wendet sich Stübgen gegen die Einschätzung, die ostdeutschen Unternehmen seien generell in einer besseren Wettbewerbsposition.

Länderberichte 1

Strafzölle auf argentinischen Biodiesel verlangt - Ölsaatenbranche kritisiert Brüssel

Die EU-Kommission soll nach dem Willen von 14 Mitgliedstaaten die 2017 ausgesetzten Strafzölle auf argentinischen Biodiesel wieder einführen. Diese sollen die Subventionen ausgleichen, die der argentinische Staat seiner Biodieselindustrie gewährt. Unter den Unterstützerstaaten sind unter anderem Frankreich, Spanien, Italien und Österreich. Die Union zur Förderung von Oel- und Proteinpflanzen (UFOP) und der Europäische Verband der Ölsaatenzeuger (EOA) hatten im Vorfeld der Sitzung die Entscheidung der Kommission, die Ausgleichszölle auszusetzen, als „schlichtweg unverständlich“ kritisiert. Die EOA verwies auf die USA, die Schutzzölle gegen argentinischen Biodiesel verhängt haben.

EU-Nachrichten 4

USA und Kanada verständigen sich auf Nachfolgeabkommen zu NAFTA

Der Handelsstreit zwischen Kanada und den USA ist beigelegt. Kurz vor Fristende einigten sich die Regierungen beider Länder auf ein neues Abkommen unter dem Titel USMCA, das auf NAFTA folgt. Insbesondere die kanadischen Milchbauern müssen jedoch mit Verschlechterungen rechnen. So wird Ottawa zwei Milchpreisklassen abschaffen, die dafür gesorgt haben, dass Hersteller von Käse und Joghurt nur Milch aus dem Inland verwendeten. Zudem werden dem südlichen Nachbarn Importkontingente für Milch und Milchprodukte, aber auch für Geflügel und Eier eingeräumt. Die Agrarminister beider Länder werteten das Ergebnis jeweils als Verhandlungserfolg. Die kanadischen Landwirte zeigten sich enttäuscht.

Länderberichte 10

Aufatmen nach Einigung zur Ferkelkastration

Die Entscheidung der Spitzen von Union und SPD, die Übergangsfrist bis zum Verbot der betäubungslosen Ferkelkastration um zwei Jahre zu verlängern, ist in der Landwirtschaft mit großer Erleichterung aufgenommen worden. Der Präsident des Deutschen Bauernverbandes, Joachim Rukwied, lobte den Beschluss als einen „ersten richtigen Schritt“. „Wir erwarten nun, dass der Bundestag die Verschiebung umsetzt und schnellstmöglich die Lokalanästhesie für die Kastration ermöglicht“, erklärte Rukwied. Der Präsident des Bayerischen Bauernverbandes, Walter Heidl, wertete die Entscheidung als wichtiges Signal für die Sauenhaltung in Deutschland. Überwiegend positiv fielen auch die Reaktionen der Agrarpolitiker aus. Unionsfraktionsvize Gitta Connemann sprach von einem „Befreiungsschlag“. Agrarsprecher Albert Stegemann nannte den Beschluss „einen Erfolg für die Unionsfraktion und eine gute Nachricht für die deutschen Ferkelerzeuger“. Mecklenburg-Vorpommerns SPD-Ressortchef Dr. Till Backhaus begrüßte die Entscheidung als ein Beleg, „dass wir die Not der Schweinehalter nicht ignorieren“. Kritik kam von den Grünen. Für Agrarsprecher Friedrich Ostendorff, ist die geplante zweijährige Fristverschiebung unverantwortlich. Damit werde die Kluft zwischen dem gesellschaftlichen Willen und der landwirtschaftlichen Realität immer größer. Als „Verrat an den Ferkeln und am Staatsziel Tierschutz“ bezeichnete der Präsident des Deutschen Tierschutzbundes, Thomas Schröder, den Koalitionsbeschluss. Dieser sieht eine Fraktionsinitiative zur Änderung des Tierschutzgesetzes vor. Einen entsprechenden Gesetzentwurf wollen Union und SPD umgehend auf den Weg bringen und noch in diesem Jahr beschließen. Erzielt wurde die Einigung im Rahmen eines Gesamtpakets.

Länderberichte 7